

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

168. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 18. Juni 2008

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 16/9553)

17790 A

Mündliche Frage 25

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE)

Vereinbarkeit der Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Hartmut Schauerte zur Armut in Deutschland mit den Angaben im Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung

Antwort

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär

BMWi

17802 B

Zusatzfragen

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE)

Petra Pau (DIE LINKE)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe die Frage 25 der Kollegin Enkelmann auf:

Wie vereinbart die Bundesregierung den Armutsbegriff des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Hartmut Schauerte, wonach es in Deutschland „bis auf wenige Ausnahmen nahezu keine Armut“ gebe (vergleiche den *Tagesspiegel* vom 12. Juni 2008), mit den Angaben im Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, laut dem die Armutsrisikoquote in der Bundesrepublik Deutschland von 1998 bis 2005 von 12 auf 18 Prozent gestiegen ist (vergleiche Seite 294 des Berichts)?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Frau Kollegin Enkelmann, die Antwort lautet: Der Entwurf des aktuellen Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung verwendet das Konzept der relativen Einkommensarmut. In Deutschland gilt nach dieser offiziellen Definition als armutsgefährdet, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Dies sind nach der international vergleichbaren EU-Statistik etwa 13 Prozent der Bürger.

Sollten Bürger ein Einkommen unter dieser Schwelle haben, so haben sie in der Regel Anspruch auf Leistungen nach SGB II oder SGB XII. Diese Leistungen garantieren das soziokulturelle

Existenzminimum, durch das über die physische Existenzsicherung, also den Grundbedarf wie notwendige Nahrung, Kleidung oder Unterkunft, hinaus die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt wird. Somit sorgt der Sozialstaat dafür, dass niemand in Deutschland eine existenzielle Notlage im Sinne von absoluter oder primärer Armut erfährt. Auf diese Aussage im aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, nämlich ich, hingewiesen. Durch das Zitat wird das verdeutlicht:

Würde man Armut als echte Notlage verstehen, in der eine Person um ihren Lebensunterhalt fürchten muss, dann gäbe es in Deutschland bis auf wenige Ausnahmen nahezu keine Armut.

Da Sie in Ihrer Frage auch einen Prozentsatz erwähnt haben, wonach etwa 18 Prozent der Bevölkerung dem Armutsrisiko unterliegen – mit steigender Tendenz –, darf ich in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass diese Untersuchung auf einer Stichprobengröße – es geht um die erfassten Haushalte – von 11 500 Haushalten beruht. Die im Rahmen eines Mikrozensus erfasste Stichprobe, bei dem ein Anteil von 15 Prozent ermittelt wurde, umfasst demgegenüber 315 000 Haushalte.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist egal! Hauptsache, die Stichprobe ist repräsentativ!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Zusatzfrage, Frau Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, ich beziehe mich auf Ihren Beitrag im *Tagesspiegel*, in dem Sie sich unter der Überschrift „Deutschland rechnet sich arm“ zu diesem Thema äußern. Sie schreiben dort unter anderem:

Wer als Alleinlebender 781 Euro oder weniger netto verdient, gilt in Deutschland als armutsgefährdet. Das ist – gemessen an internationalen Standards – ein respektables Einkommen.

Halten Sie 781 Euro angesichts der Höhe der Lebenshaltungskosten, die deutlich angestiegen sind, und der dramatisch steigenden Stromkosten nach wie vor für ein respektables Einkommen?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Im internationalen Zusammenhang: Ja. In Deutschland – darauf habe ich hingewiesen – reicht dieses Einkommen – so ist es definiert –, um über den Grundbedarf hinaus auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Ich möchte ergänzend bemerken: Mit diesem Artikel habe ich auf eine systematische Problematik hinweisen wollen, was mir sehr wichtig ist. Die Definition der Armut – danach ist jemand arm, wenn er weniger als 60 Prozent des Durchschnitts verdient – orientiert sich am durchschnittlichen Einkommen in Deutschland, einer mathematisch und nicht nach dem Bedarf abgeleiteten Größe. Das kann zu fatalen Ergebnissen führen. Man muss sich das einmal klarmachen: Wenn alle Millionäre Deutschland verlassen würden, sänke das durchschnittliche Einkommen in Deutschland deutlich, und darum hätten wir deutlich weniger Arme. Ich könnte ein anderes Beispiel nennen: Wenn Bill Gates mit seinen Einnahmen in Milliardenhöhe nach Deutschland ziehen würde, stiege das durchschnittliche Einkommen in Deutschland, darum hätten wir dann statistisch gesehen einige Hunderttausend Arme mehr in Deutschland. Das ist die Konsequenz einer solchen mathematischen Durchschnittsbildung. Mit meinem Artikel wollte ich darauf hinweisen. Es ist nötig, einmal über diese Definition nachzudenken und die Menschen nicht zu verhetzen und sie in der einen oder anderen Sachlage in Sorge zu treiben.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Enkelmann.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, erschrecken Sie jetzt nicht selber über die Kälte Ihrer Aussagen? Es geht hier nicht um Statistik und Mathematik, sondern um ganz reale Probleme von Menschen in diesem Land. Darauf hat im Übrigen der Bundespräsident gestern in seiner Berliner Rede hingewiesen. Er hat unter anderem gesagt:

Gerade die Armut von Kindern – die meist eine lebenslang nachwirkende Benachteiligung hinsichtlich ihrer Chancen bedeutet – dürfen wir nicht dulden. Sie ist ein Skandal.

Darin muss ich dem Bundespräsidenten ausdrücklich recht geben.

(Zuruf von der FDP: Dann können Sie ihn auch mitwählen!)

Wie erklären Sie sich den Widerspruch Ihrer Aussage zur Aussage des Bundespräsidenten gestern?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Enkelmann, ich darf Sie darauf hinweisen, dass ich diesen Bundespräsidenten seinerzeit sogar gewählt habe

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das ist aber noch keine Antwort auf die Frage!)

und dass ich ihm insofern schon viel früher recht gegeben habe, wie auch in dieser Frage. Ich gebe dem Bundespräsidenten mit dieser Feststellung recht.

Meine nachdenkliche Berichterstattung bezieht sich im Prinzip auf das, was Sie mit Zahlen machen. Sie verhetzen mit statistischen Zahlen Menschen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Es ist der Bericht der Bundesregierung, der von 18 Prozent spricht!)

– Ich habe gerade darauf hingewiesen, dass es im gleichen Zusammenhang auch einen Bericht der Bundesregierung gibt, der von 15 Prozent spricht. Ich habe auch darauf hingewiesen, wie solche Prozentzahlen zustande kommen. Das gehört genauso zu einer vernünftigen und verantwortungsvollen Diskussion über Armut in Deutschland wie der Hinweis, dass es im Einzelfall wirklich bittere Armut gibt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Probleme kleinreden! Das ist Ihr Ansatz!)

Die Bundesregierung ist aber nicht der Meinung, dass die Armutsentwicklung in Deutschland in einer Weise skandalisiert werden muss, wie es der eine oder andere politisch versucht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Unter anderem der Bundespräsident! Na, schönen Dank!)

– Nein. Ich darf noch einmal in aller Ruhe darauf eingehen. Der Bundespräsident hat mit Recht auf Probleme bei der Kinderarmut hingewiesen. Die Bundesregierung ist einschließlich der Diskussion über Kindergeldfragen und Möglichkeiten zusätzlicher Hilfen für kinderreiche Familien sehr intensiv mit diesem Thema befasst. Wir sehen uns in engem Schulterschluss mit dem, was der Bundespräsident angemahnt hat.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun hat die Kollegin Daßdelen noch eine Zusatzfrage.

Sevim Daßdelen (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, Sie haben davon gesprochen, dass Armut eine mathematische Größe sei und sich das Durchschnittseinkommen in Deutschland entsprechend ändert, wenn Reiche zuziehen oder abwandern. Stimmen Sie mir zu, dass es im vorliegenden Armutsbericht eigentlich nicht um das Durchschnittseinkommen, sondern um das Medianeinkommen geht, in dessen Berechnung die Einkommen von Ausreisenden und Einreisenden nicht einbezogen werden?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Frau Kollegin, ich habe nicht davon gesprochen, dass Armut ein Problem des mathematischen Durchschnitts ist. Ich wollte vielmehr darauf hinweisen, dass man sie nicht zu einem solchen Problem machen darf. Es kommt darauf an, den Einzelfall zu berücksichtigen, statt durch Durchschnittswerte den Blick für die Wirklichkeit zu verstellen.

Ich habe mich auf Durchschnittswerte bezogen, die in dem nicht abgestimmten Armutsbericht, der vorzeitig veröffentlicht wurde, enthalten sind und die Sie gerne aufgreifen, wie Ihre Frage beweist. Diesem Irrtum wollte ich entgegenwirken

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!)

und auf die Betroffenen im Einzelfall verweisen; man darf sich nicht hinter statistischen Angaben verstecken. Das ist der Ansatz meines Artikels. Insofern halte ich ihn nach wie vor für sehr geeignet, diese Diskussion zu befruchten.

(Sevim Dağdelen [DIE LINKE]: Können Sie die Frage noch beantworten? Es geht um das Medianeinkommen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jeder kann hier fragen, was er will, und umgekehrt kann jeder antworten, was er will. Das lässt in dem einen wie in dem anderen Fall gelegentlich Wünsche offen, wenn ich mir diese streng überparteiliche Bemerkung erlauben darf.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Richtig, Herr Präsident! Das sehen wir auch so!)

Nun hat Frau Kollegin Pau Gelegenheit zu einer Zusatzfrage.

Petra Pau (DIE LINKE):

Herr Staatssekretär, weil Sie keine Durchschnittszahlen bewerten wollen – was ich im Übrigen gut verstehe –, stelle ich eine ganz konkrete Frage. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat gerade kritisiert, dass der Arbeitslosengeld-II-Regelsatz für Kinder und Jugendliche zu niedrig ist und in Armut führt. Halten Sie einen Tagessatz von 4,17 Euro pro Kind für ausreichend, oder meinen Sie, dass ein Kind, das 4,17 Euro pro Tag zur Verfügung hat, arm ist?

Hartmut Schauerte, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Wir haben genau diese Frage aufgegriffen. In der Vergangenheit wurde festgelegt – statistisch vom Durchschnittsverbrauch abgeleitet –, dass ein Kind 60 Prozent des Regelsatzes eines Erwachsenen erhält.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Haben Sie Kinder?)

So werden die Versorgung und Finanzierung von Kindern bisher bewertet. Die Bundesregierung ist intensiv dabei, umzudenken, weil wir an einem solchen Durchschnittswert nicht festhalten können. Ein Kind ist nämlich teurer als 60 Prozent des Regelsatzes für einen Erwachsenen.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Richtig!)

Nun versuchen wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, dieses Verhältnis im Sinne der Kinder sowie ihrer Chancen und Potenziale zu verbessern.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wann denn?)